

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen transparent machen – Country-by-Country-Reporting in Deutschland einführen und in Europa vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach einer Studie für das Europäische Parlament entgehen Deutschland jährlich Steuereinnahmen von 150 Mrd. Euro durch Steuerflucht und Steuervermeidung – in der gesamten EU rund 1 Bio. Euro. Dafür verantwortlich sind auch Steuergestaltungsmöglichkeiten transnational agierender Konzerne. Steuern sollten dort gezahlt werden, wo die tatsächliche Wertschöpfung stattfindet und öffentliche Güter in Anspruch genommen werden. Die Praxis heute sieht aber anders aus: Während kleine und mittlere Unternehmen, die vorwiegend national tätig sind, in Deutschland einer Steuerbelastung von rund 30 Prozent unterliegen, ist es großen, grenzüberschreitend tätigen Unternehmen oft möglich, ihre Steuerzahlungen durch Gewinnverlagerungen und das Auspielen verschiedener nationaler Steuerrechtsordnungen auf einen Bruchteil dieses Betrags zu reduzieren. Einheimische, mittelständische Unternehmen vor Ort zahlen dann weit überproportional für die Infrastruktur, die von allen Unternehmen genutzt wird. Diese Unternehmen erleiden damit einen erheblichen Wettbewerbsnachteil.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt die Besteuerungslücke im Unternehmensbereich auf rund 92 Mrd. Euro pro Jahr. Als Grund dafür nennen die Forscher Steuergestaltungsmöglichkeiten wie Gewinnverlagerung ins Ausland. Problematisch ist, dass heute die Zahlungsflüsse innerhalb von internationalen Unternehmen von außen nicht sichtbar sind. Die internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verlangen lediglich, die Geschäfte sämtlicher Konzerngesellschaften zusammen auszuweisen und erfordern keine entsprechende Aufschlüsselung nach Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist.

Die Bekämpfung aggressiver Steuergestaltung multinationaler Konzerne verlangt internationale Zusammenarbeit und Abstimmung. Diese internationalen Verhandlungen sind wichtig, werden aber langwierig sein, wie der aktuelle Prozess auf OECD-Ebene zeigt. Als ersten Schritt brauchen wir daher Transparenz über die Zahlungsflüsse und Aktivitäten der Finanzinstitute mittels einer länderbezogenen Berichterstattung (Country-by-Country-Reporting). Denn sobald Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft, Parlamente und Regierungen wissen, wo und in welcher Höhe multinationale Unternehmen Steuern auf ihre Gewinne zahlen und wie dies im Verhältnis zur ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivität an diesem Ort steht, entsteht öffentlicher Druck auf die entsprechenden Unternehmen, die sich ihrem Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens entziehen.

Eine Offenlegungspflicht nach Länderebene für Unternehmen mit Sitz in Deutschland lässt sich durch eine Änderung des Handelsgesetzbuchs und des Publizitätsgesetzes einführen. Deutschland kann dadurch Vorbild werden bei der steuerlichen Transparenz grenzüberschreitender Unternehmen.

Auf europäischer Ebene wurde bei der Revision der Buchhaltungs- und der Transparenzrichtlinie die Chance vertan, branchenübergreifend länderbezogene Offenlegungspflichten für Steuerzahlungen einzuführen. Das Country-by-Country-Reporting bzw. Project-by-Project-Reporting wurde auf Rohstoff- und Forstwirtschaftsunternehmen begrenzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Gesetzentwurf zur Einführung der länderbezogenen Berichterstattung (Country-by-Country-Reporting) für deutsche Unternehmen vorzulegen, der
 - alle Unternehmen einbezieht, die gemäß § 267 Absatz 3 des Handelsgesetzbuchs als große Kapitalgesellschaften gelten oder dem Publizitätsgesetz unterliegen, sodass kleine und mittlere Unternehmen ausgenommen sind und
 - diese Unternehmen zur Offenlegung ihrer Steuerzahlungen, Gewinne, Umsätze, Beschäftigten und Kapitalbestände nach Ländern verpflichtet;
- sich im Europäischen Rat sowie im Trialog mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission initiativ dafür einzusetzen, auch auf EU-Ebene zeitnah dieses Country-by-Country-Reporting für alle Branchen einzuführen.

Berlin, den 4. Juni 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Das Offenlegen der Zahlungsströme von multinationalen Unternehmen würde einen großen Beitrag zu mehr Transparenz, zu mehr Steuergerechtigkeit leisten und vor allem zu fairerem Wettbewerb. Davon würden nicht nur die Steuerbehörden und der Fiskus profitieren. Die Transparenz leistet einen Beitrag zur Rechenschaftspflicht der Regierungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern, die Zahlungen zwischen Unternehmen und Regierungen besser verfolgen können. Durch eine verbesserte Datenlage über globale Zahlungsströme kann der politische und zivilgesellschaftliche Druck auf Steueroasen erhöht werden.

Neben dem fiskalischen Aspekt ist die Herstellung einer gleichmäßigen Basis für den Wettbewerb ein wichtiges Ziel. Unternehmen, die sich mit Steuergestaltungen eine signifikant niedrigere Steuerquote als ein in gleicher Branche tätiges Unternehmen verschaffen, verzerren den Wettbewerb. Der Wettbewerb wird damit nicht mehr auf der Ebene der Produkteigenschaften und der Produktqualität sowie des Serviceangebots bestimmt. Wenn nach mehreren Berichten US-amerikanische Unternehmen nicht versteuerte Gewinne aus Auslandstätigkeiten in der Größenordnung von 1,7 Bio. US-Dollar in Steueroasen bunkern, verzerrt das in erheblichem Maße den Wettbewerb zu Unternehmen, die diese Gestaltungsmöglichkeiten nicht nutzen (wollen).

Auch für die Unternehmen ist das Country-by-Country-Reporting ein wichtiger Schritt hin zu einem offenen transparenten Unternehmen, das zeigen kann, wie

es durch seine Steuerzahlungen einen Beitrag für die Infrastruktur des jeweiligen Land leistet, die es selbst täglich nutzt und ohne die es nicht arbeitsfähig wäre. Investoren und Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Unternehmen profitieren von der Transparenz der Zahlungsflüsse der internationalen Konzerne. Country-by-Country-Reporting bedeutet für Unternehmen keine Mehrbelastung. Die geforderten Informationen sind Standardinformationen, die zur effektiven Steuerung der Konzernaktivitäten konzernintern noch viel detaillierter vorhanden sind. Sie müssen bisher nur nicht transparent ausgewiesen werden. Die geforderte Offenlegung dieser Daten würde daher lediglich marginale Mehrkosten mit sich bringen. Durch sinnvoll gestaltete Ausführungsbestimmungen für kleine und mittlere Unternehmen und Ausnahmen für rein national tätige Unternehmen wird erreicht, dass diese Gruppe von Unternehmen nicht belastet wird.

Deutschland kann hier mit einer nationalen Einführung konkret zeigen, dass es Vorreiter ist im Kampf gegen Steuervermeidung sowie Beispiele geben für andere Staaten, die die länderbezogene Berichterstattung ebenfalls einführen wollen. Gleichzeitig muss sich die Bundesregierung für einheitliche Regeln auf EU-Ebene einsetzen und muss in den Verhandlungen über länderbezogene Offenlegungspflichten für alle Branchen treibende Kraft sein. Langfristiges Ziel muss es sein, auf globaler Ebene Transparenz von allen wirtschaftlichen Aktivitäten multinationaler Unternehmen zu erreichen.

